

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Streifenband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 24.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6

Die werbegeldlose Korrespondenz oder deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Interzonensteuer. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Interzonensteuer. Laufende Anzeigen laut Karte. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 1,75 M. netto des Textes. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 33

# FREIHEIT

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die große Koalition in Preußen

#### Kapitulation

Heute so, morgen so — das war einst der Wahlspruch der Nationalliberalen, und die Sozialdemokratie hat weidlich über die Fraktion Drehscheibe gespottet. Jetzt aber scheinen die Rechtssozialisten von dem brennenden Ehrgeiz besetzt zu sein, sich den Ruhm der Wetterfahnenpolitiker zu verdienen.

Am Donnerstag war die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags einstimmig — ja wohl einstimmig — der Meinung, daß in der gegenwärtigen Situation ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei unmöglich sei. Am Freitag hat sie mit 46 gegen 41 Stimmen beschlossen, ihre Unterhändler zu ermächtigen, über ein Kabinett Leinert unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei zu verhandeln.

Die „gegenwärtige Situation“ hat nicht einmal vierundzwanzig Stunden angehalten. Es ist ein Rekord in der Schnelligkeit des Gesinnungswechsels aufgestellt worden, der sich so leicht nicht überbieten läßt.

Den Rechtssozialisten wird diese Feststellung ihrer Wandelbarkeit vielleicht unangenehm sein. Nun, dann sind wir auch bereit, den Umsaß so auszuliegen, daß sie am Donnerstag eine Komödie aufgeführt haben. Dann wollten sie sich ein wenig rar machen, um bei dem Kuhhandel um die Ministerposten etwas mehr herauszuschlagen. So oder so, es bleibt ein klägliches Schauspiel, das hier der Welt und besonders der Arbeiterschaft geboten wird.

Wir wissen schon, womit man sich herausreden wird: die Sozialisten müssen wieder in die preussische Regierung hinein, um die Verwaltung in die Hand zu bekommen. Der reaktionäre Dominicus muß beiseite, der Beamtenkörper muß gereinigt werden. Das ist alles sehr schön. Auch wir sehen an sich lieber einen Severing im Ministerium des Innern als einen Dominicus. Aber so wünschenswert die Erreichung dieses Zieles erscheinen mag, so ist sie doch nicht wichtig genug, um jeden Preis für sie zu zahlen, und vor allem lagen die Dinge so, daß der Erfolg wesentlich billiger zu haben war. Die Koalition mit Demokraten und Zentrum hätte genügt, das Bündnis mit der Stinnespartei war nicht notwendig.

Die Beschlüsse, die die demokratische und die Zentrumsfraction vorgestern gefaßt haben, ließen deutlich erkennen, daß diese Gruppen schließlich auch für die alte Koalition zu haben gewesen wären. Die Rechtssozialisten hätten nur ein wenig Rückgrat zu zeigen brauchen, und die Mitwirkung der Volkspartei wäre nicht mehr in Frage gekommen. Sie konnten es um so mehr nach der Erklärung der Unabhängigen, die leicht erfüllbare Bedingungen für ihre Unterstützung der Regierung aufstellten.

Es gab für sie keinen auch nur im entferntesten plausiblen Grund, die berühmte Verbitterung der Basis nach rechts hin zu suchen. Ein Kabinett ohne Volksparteiler wäre durchaus möglich und durchaus arbeitsfähig gewesen. Aber sie wollten eben nicht. Die Leinert, Braun und Severing, die seit Monaten schon keinen anderen Gedanken mehr fassen konnten, als den, mit den Nachfolgern der Nationalliberalen in Preußen eine Regierung zu bilden, sahen nicht mehr rechts und links. Sie waren nicht mehr willens und fähig, andere Möglichkeiten zu erkennen. Sie stürzten sich beinahe blindlings in das Bündnis mit Stinnes, und es gelang ihnen die Mehrheit ihrer Fraktion mitzuziehen.

Die Deutsche Volkspartei triumphiert. Sie hat am Donnerstag kurz und bündig die große Koalition „gefordert“. Ihr Nachwort genügte. Die Sozialdemokratie hat Ordnung pariert. Die Stillschaltung des Großkapitals hat über die Schwachmütigkeit von Arbeitervertretern einen billigen Sieg davongetragen.

Der Erfolg wird sich nicht auf Preußen beschränken. Er wird sich auch im Reich auswirken. Wenn der Widerstand der Rechtssozialisten so leicht zu brechen ist, dann werden die Stresemänner auch sehr bald im Reich „fordern“, und Demokraten und Zentrum werden aufs neue ermutigt sein, ihr Begehren zu unterstützen. Die Sozialdemokraten werden sich sträuben? Du lieber Himmel, sie haben sich jetzt selbst den Boden unter den Füßen weggezogen, und man wird die Widerpenstigen bald gezähmt haben. Umso leichter, als die Industrie im Reich noch eine besondere Waffe in der Hand hat. In diesen Tagen betätigt der Reichsverband der Industrie über die dem Reich zu gewährenden Kredithilfe. Die Industriellen wären verückt, wenn sie sich die Trümpfe entgehen ließen, die ihnen in Preußen in die Hand gespielt worden sind. Sie werden die Durchführung ihrer befanntlich so selbstlosen Aktion von dem Eintritt der Volkspartei in die Regierung abhängig machen, und wenn dann die Rechtssozialisten ihre in Görlich formulierten Bedingungen aufstellen und beispielsweise eine Erklärung über die Bereitwilligkeit zum Schutz der Republik fordern, so wird das schon deshalb wie ein

schlechter Witz wirken, weil erst vor kurzem wieder Herr Stresemann in einer Versammlung sein königstreues Herz auf den Tisch des Hauses niedergelegt hat.

Dem „Kabinett der Persönlichkeiten“ schlägt sein letztes Stündlein. Es stirbt bald nach seiner Geburt, und wenn es der Linken in Preußen gelingen sollte, Herrn Stegerwald auszuschalten, so wird es für die Rechte im Reich Ehrensache sein, Herrn Wirth über die Klinge springen zu lassen. Bei den Freudenfesten der Einigung müssen den Göttern eben Opfer dargebracht werden.

Der Abgeordnete Heilmann, der zu den 41 Oppositionellen in der „rechtssozialistischen“ Landtagsfraktion gehört, tadelt in der „Sozial. Korrespondenz“ den Beschluß seiner Freunde, bemüht sich aber gleichzeitig um ihre Verteidigung und sucht den Unabhängigen gut zuzureden. Er ermahnt uns, den Kampf gegen die neue Regierung nicht zu übertrieben.

Auch die U.S.P. kann sich nicht zweifelhaft darüber sein, daß die Sozialdemokratie mit ihren Entscheidungen nur dem Interesse der Arbeiterklasse dienen will. Hat doch die „Freiheit“ selbst hundertmal betont, wie wichtig es wäre, einen Dominicus aus dem Ministerium des Innern zu entfernen. Mit dem Verdrätselgeschrei soll man uns also vom Halse bleiben. Glück das Experiment, um so besser; wir wollen gern die Unrecht behalten. Mißglückt es, wie wir annehmen, dann darf für die spätere Zeit das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen nicht wieder heillos verästel sein.

Also die Unabhängigen sollen jetzt recht artig sein. Weil wir Dominicus gern aus dem Innenministerium scheiden sehen, sollen wir uns womöglich über ein Kabinett freuen, in dem Severing, selbst wenn er energischer wäre, als er sich gerade in diesen Krisentagen befundet hat, in Abhängigkeit von den volksparteilichen Orgeschäftsfreunden lebt. Das ist ein bißchen viel verlangt, und Heilmann weiß so gut

wie wir, daß der Entschluß seiner Partei den Reich, der durch die Arbeiterschaft geht, weiter vertieft hat. Die Rechtssozialisten haben aufs neue die Reaktion gestärkt und zugleich die Stoßkraft des Proletariats geschwächt. Dieser Mafel bleibt auf ihnen haften, auch wenn etwa in letzter Stunde die von ihnen angestrebte Regierung nicht zustande kommen sollte. Wo die Kräfte fehlen oder wo widrige Zufälle sich der Erfüllung in den Weg stellen, genügt schon der gute oder in diesem Fall der schlechte Wille.

#### Die neuen Minister

Als voraussichtliche Minister werden genannt:  
Leinert (Soz.), Präsidium,  
Severing (Soz.), Inneres,  
Dr. Leibig oder Dr. v. Richter (Dt. Volksp.), Finanzen,  
v. Campe oder Dr. Böllig (Dt. Volksp.), Unterricht,  
Wendorff (Dem.), Landwirtschaft,  
Dr. Am Jahnhof (Zentr.), Justiz,  
Otto Braun (Soz.), Handel.

Für das Wohlfahrtsministerium wird Stegerwald genannt. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß der streblame Herr sich auf dieses Amtenteil wird verweisen lassen.

Der Ministerrat des Landtages trat am Freitag nachmittag 2 Uhr zusammen, um die Geschäftslage zu besprechen. Man einigte sich dahin, angesichts der völlig ungelärten Lage, die für heute nachmittag 3 Uhr angelegte Vollziehung ausfallen zu lassen und die nächste Sitzung auf Sonnabend 3 Uhr festzusetzen mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten. Erfolgt die Wahl, so wird sich das Haus bis zum Donnerstag der nächsten Woche vertagen.

### Reichstag und Steuervorlagen Keine neue Bahnen

Zur gleichen Zeit, in der an der Börse der Dollar mit 243 notiert wurde, erklärte im Reichstage der provisorische Reichsfinanzminister Hermes, daß die Regierung in den Steuerfragen keine neue Bahnen zu wandeln gedenke. Sie halte an ihren 15 Steuergesetzentwürfen fest und lehne Experimente ab.

Es gibt keine schärfere Bankrotterklärung als diese. Der Sturz der Mark vergrößert die Aufgabe der Ordnung der Finanzen des Reiches ins Gigantische, er zieht die gewaltigsten Preissteigerungen nach sich — die Reichsregierung und ihr Finanzminister aber halten an ihren kümperhaften, ganz anderen Verhältnissen entsprungene Vorschläge fest.

Selten ist wohl eine düsterrere Rede im Reichstage gehalten worden, als die Einleitungsrede zu der größten Aufgabe, die je einem Parlament gestellt worden ist. Abgesehen von ein paar neuen Zahlen gab der Reichsfinanzminister nur eine schlechte und unübersichtliche Darstellung des Inhalts der Steuerentwürfe der Regierung. Das einzige Positive in der Rede war die Bitte an das Parlament, die Entwürfe der Regierung noch vor Weihnachten zu verabschieden. Sonst brachte sie es nur zu frommen Wünschen, so daß der Abgang des Ministers anstatt mit dem üblichen „Bravo“ mit „Amen“, „Amen“-Rufen begleitet wurde.

Diese Rede ist kein Zufall. Der grundsätzlichen Opposition der Deutschnationalen, die überhaupt nichts zahlen wollen, steht gleich die Kattlosigkeit der übrigen bürgerlichen Parteien. Sie sehen zwar die Notwendigkeit der Deduktion der inneren und äußeren Finanzverpflichtungen des Reiches, aber sie wollen den Pelz waschen, ohne ihn nah zu machen. Sie scharen sich um den Geldbeutel der Besitzenden und sträuben sich, die Wege zu gehen, die allein die Erfüllung der Finanzverpflichtungen des Reiches sichern würden.

Selbst ein so unzulänglicher Ausweg wie der der Kreditaktion der Industrie, der geboren ist aus der Angst vor der Erlassung der Goldwerte, findet bei den Besitzenden einen immer wachsenden Widerstand. Die Stimmung dieser Kreise gibt der „Vokalanzieger“ folgendermaßen wieder:

„Wie uns von bestunterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind heute weite Kreise der Großindustrie und der Landwirtschaft gegen die Aktion. Man ist in diesen Kreisen der Meinung,

daß man durch die Aufnahme eines Kredits den aus der Reparation entstehenden Zahlungsverpflichtungen für eine gewisse Zeit nachkommen kann. Man würde so also den Termin unserer Zahlungsunfähigkeit nicht aus der Welt schaffen, sondern nur hinausschieben können. . . . Es ist ganz unmöglich, schon jetzt ein Urteil darüber abgeben zu wollen, ob das Angebot schließlich angenommen wird oder nicht, zum mindesten ist aber mit einer starken Minderheit zu rechnen, und es fragt sich, ob diejenigen Kreise, die sich für die Aktion aussprechen, gewillt sind, trotz dieses Widerstandes an dem unter ganz anderen Voraussetzungen gefaßten Beschlüsse festzuhalten.“

Es ist kein Zweifel, daß der „Vokalanzieger“ die Stimmung der Industrie richtig wiedergibt. Deshalb müssen auch diejenigen, die bisher die Hoffnung hegten, daß es auf dem Wege über die Kreditaktion möglich sein würde, die auswärtigen Verpflichtungen des Reiches für die nächste Zeit sicherzustellen, einsehen, daß gar kein anderer Weg übrig bleibt, als sofort an die Erfassung der Goldwerte zu gehen. Sie ist das einzige Mittel, um das unaufhörliche weitere Sinken der Mark zu verhindern, und um die großen Kreise der Festbesitzer vor dem völligen Zusammenbruch ihrer Lebenshaltung zu bewahren.

Ebenso notwendig aber ist eine Reihe von provisorischen Maßnahmen. Das Reich kann nicht warten bis die Erträge aus den neuen Steuern fließen. Bis dahin würde längst der Zusammenbruch der Finanzen eingetreten und die Mark völlig wertlos geworden sein.

Der noch rückständige Rest des Reichsnotopfers muß deshalb sofort eingezogen werden. Es ist ferner zu verlangen, daß das Kapitalverkehrssteuergesetz sofort verabschiedet wird. Die Sätze, die die Regierung vorgeschlagen hat, insbesondere die für den Devisenverkehr, müssen jedoch wesentlich erhöht werden. Die Reichseinkommensteuer der Besitzenden muß jetzt ohne Rücksicht auf die Erledigung des Veranlagungsgeschäftes sofort entrichtet werden. Die ungeheuren Gewinne der Industrie bei der Ausfuhr müssen durch eine außerordentlich starke Erhöhung der Ausfuhrabgabe beschlagnahmt werden. Auch die Devisenablieferung muß jetzt endlich sofort gesetzlich geregelt werden.

Es ist höchste Zeit für alle diese Maßnahmen. Die Reichsregierung aber scheint das nicht zu sehen. Herr Hermes will keine neuen Bahnen wandeln, er warnt vor Experimenten, er scheint auf irgendeine übernatürliche Hilfe zu rechnen. Diese aber kommt nicht. Statt dessen aber bedeutet jeder Tag der Verzögerung, Erschwerung der Aufgabe, Vermehrung der Leiden der Besitzlosen, Verreicherung der Besitzenden.



Die Arbeiterklasse muß deshalb jetzt die Wege finden, die die Regierung zum Handeln zwingen. Geschicht das nicht, dann ist sowohl das Elend für die deutsche Arbeiterklasse wie für die deutsche Volkswirtschaft unabsehbar.

## Sitzungsbericht

Freitag, den 4. November

Nach Erledigung kleiner Anfragen beginnt die

### Beratung der Steuervorlagen

Reichsfinanzminister Dr. Hermes: Bei Aufstellung der Steuergeheimwürde wurde davon ausgegangen, daß jede Steuerquelle bis zum äußersten ausgenutzt werden soll, jede Ueberlastung aber zum Zusammenbruch des Wirtschaftslebens führen und die Quellen verstopfen müßte. Ich bin mir bewußt, daß die Steuern die ungeheuerlichste Belastung darstellen, die je einem Volke zugemutet worden ist. Die Anregungen, die über die neuen Steuerquellen und -formen zutage getreten sind, sind zahlreich. Die neuen Einnahmen müssen möglichst rasch und ohne Störung des Wirtschaftslebens zum Fließen gebracht werden. Zu den Einzelheiten der Steuergeheimwürde Stellung zu nehmen, möchte ich mir heute versagen. Die Ausschussberatungen werden hierzu ausreichend Gelegenheit bieten. Die Steuergeheimwürde verfolgt das Ziel, einen gerechten Ausgleich in der Belastung des Verbrauchs und der Belastung des Besitzes zu schaffen. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob die Scheidung unter dem Gesichtspunkt Verbrauchs- und Besitzbelastung noch Berechtigung hat. (Sehr gut! rechts.) Es soll

#### eine laufende Vermögenssteuer

erhoben und von drei zu drei Jahren nach dem Maßstabe veranschlagt werden, der den jeweiligen Wert der Vermögen richtig erfasst und damit den Veränderungen im Bestande der Vermögen sowohl als auch in ihrem Werte Rechnung trägt. Auf die Dauer von 15 Jahren soll ein Zuschlag erhoben werden, der so bemessen werden muß, daß er einen vollwertigen Ersatz für das Reichsnotopfer darstellt.

Die Durchführung dieser Steuer wird die Steuerverwaltungen vor neue große Aufgaben stellen. Die Veranlagung der Vermögenssteuer konnte aus diesem Grunde erst für das Jahr 1923 in Aussicht genommen werden. Da aber mit der Heranziehung des Besitzes nicht bis 1923 gewartet werden kann, ist in dem Vermögenssteuergesetzentwurf vorgesehen, daß für 1922 über die im Gesetz vom 22. Dezember 1920 vorgesehene Beschleunigung zur Entrichtung des Reichsnotopfers hinaus ein weiterer Teil des Reichsnotopfers einzubehalten ist.

Ueber den Ertrag der neuen Steuern kann kaum eine Voraussage gemacht werden. Immerhin glaube ich, bei vorrichtiger Schätzung den Mehrertrag mit 40 bis 42 Milliarden Mark veranschlagen zu dürfen. Sie werden mit Recht fragen, ob denn diese aufzubringende Summe überhaupt ausreicht, um unsere Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag und Ultimatum zu erfüllen. Ich muß diese Frage verneinen. (Hört, hört! rechts.) Bisher sind an Ausgaben auf den ordentlichen Etat 48,5 Millionen bewilligt. Dazu werden nunmehr neu angefordert 65,8 Milliarden, so daß sich die Ausgaben des ordentlichen Etats auf 114,3 Milliarden belaufen. Es werden angefordert 55,1 Milliarden für Ausführung des Friedensvertrages. Nach den Anfängen des dritten Nachtragsetats weitere 17 Milliarden, so daß sich zusammen 61,2 Milliarden für 1921 ergeben. Es bleiben also im ordentlichen Haushalt Fehlbeträge von 53 Milliarden Mark. Ohne die Kontributionen hat

der Haushalt einen Ueberschuß von 2 Milliarden, denen Kontributionen von 55 Milliarden gegenüberstehen.

Von den Kosten in Ausführung des Friedensvertrages 26,6 Milliarden, sind 20 Milliarden auf den ordentlichen Etat übernommen. Dafür hat aber der Haushalt in einer anderen Reihe von Kosten sehr starke Erhöhungen erfahren. 19 Milliarden sind diesen Erhöhungen fallen auf die Reichseisenbahnen. Mehr 16,4 Milliarden auf Einlösung der schwedischen Schuld der früheren Eisenbahnstaaten. Der Rest des hier bei den Eisenbahnverwaltungen verbleibenden Mehrbedarfs ist auf die gewaltige Teuerungswelle zurückzuführen, deren Ausgleich durch Tarifierhöhungen für 1921 noch nicht völlig möglich war. 37,9 Milliarden sind insgesamt umgedeckt, die sich im außerordentlichen Etat für 1921 auf 57 Milliarden erhöhen.

Der Anleihebedarf des Reiches für 1921 beläuft sich auf die gewaltige Summe von 110 Milliarden Mark. (Hört! Hört! rechts.) Der Mehrbedarf, der durch eine geplante weitere Erhöhung der Beamtenbezüge entsteht, ist hierbei noch nicht berücksichtigt. Wie sich der Reichshaushalt für 1922 gestalten wird, läßt sich heute nur mit allem Vorbehalt sagen. Die Erhöhungen, die von der Reichsfinanzverwaltung vorgenommen worden sind, ergeben sich aus folgenden Hauptzahlen, in denen die Wirkung der kommenden Besoldungszulagen noch nicht voll zur Geltung kommt.

#### Laufende Einnahmen

werden 97,7 Milliarden im allgemeinen ordentlichen Etat erwartet. Ausgaben 69 Milliarden. Im außerordentlichen Haushalt sollen nur Ausgaben enthalten sein, die nach gesunden finanzpolitischen Grundsätzen aus Anleihen bestritten werden dürfen. Vorküsse aus allgemeinen Reichsmitteln an Betriebsverwaltungen sind von diesen aus ihren eigenen Einnahmen zu verzinsen und zu tilgen. Nach den bisherigen Schätzungen ergibt sich ein Fehlbetrag von 48,9 Milliarden, der sich durch den außerordentlichen Haushalt für Kontributionen um weitere 12 Milliarden erhöht. Die schwerste Belastung bildet der Haushalt der Kontributionen durch den ja überhaupt die ganze Finanznotlage des Reichs bestimmt wird. Wie hoch die Summe ist, die infolge des Friedensvertrages geleistet werden muß, ist nur mit großem Vorbehalt zu schätzen. Die Reichsregierung steht gleichwohl auf dem Standpunkt, daß alles geschehen muß, um unsere Verpflichtungen aus dem verlorenen Kriege, soweit als möglich, zu erfüllen. Die Reichsregierung tritt mit der dringenden Bitte hervor, die vorliegenden Gesetze auf dem raschesten Wege zur Erledigung zu führen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Montag 2 Uhr. Tagesordnung: Steuerdebatte.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschloß am Freitag, die Beratung der Steuervorlagen am Montag und Dienstag fortzusetzen. Es wird nur je ein Redner jeder Partei zu Wort kommen. Neben dem Plenum werden 2 Ausschüsse die Steuergesetze beraten. In Verbindung mit den Steuervorlagen werden Interpellationen über die Valutanot, über die Stilllegung der Deutschen Werke und über das Verbot des Landens russischer Schiffe im Stettiner Hafen behandelt werden. Der Mittwoch bleibt schungsfrei. Auf der Tagesordnung der Donnerstag- und Freitagssitzung stehen Interpellationen über Preissteigerung, Kartoffelnot, Getreidestörungen usw. Des demokratischen Parteitages wegen fällt die Sitzung am Sonnabend, den 12., und Montag, den 14. November, aus. Auch der folgende Dienstag wird schungsfrei sein, da am Mittwoch Buß- und Bettag ist. Falls Donnerstag und Freitag das Plenum tagt, werden das Schlußgesetz und eine Interpellation der Deutschen Volkspartei über Vorkonmission in der Wahl auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten abgelehnt. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde ein Antrag der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Unabhängigen und der Kommunisten auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Der 11. November als amerikanischer Nationalfeiertag. Der amerikanische Kongreß hat beschlossen, den 11. November zur Erinnerung an den Abbruch des Waffenstillstandes als Nationalfeiertag einzusetzen.

## Die Erfassung der Sachwerte

### Beratungen im Reichswirtschaftsrat

Auf der Tagesordnung der Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates am Freitag stand die Beratung des Ausschusses über die Erfassung der Sachwerte.

Chefredakteur Weiskopf: Solange das Prinzip der jetzigen Steuermaße nicht aufgegeben wird, können wir nicht aus dem Defizit herauskommen. Einzelne Stellungnahmen zu dem Kreditangebot der Industrie zeigen einen erschreckenden Mangel an staatsbürgerlichem Pflichtgefühl. Wir können nur mit Kredit rechnen, wenn wir den Gläubigern einen guten Plan vorlegen, wie wir in absehbarer Zeit unsere Finanzen in Ordnung bringen können. Daran fehlt es aber. Es zeigt sich eine

passive Resistenz großer Schichten in der Steuerzahlung.

Ohne scharfe Erfassung von Einkommen und Besitz kommen wir nicht aus. Ich begrüße das Kreditangebot der Industrie, aber es genügt nicht das Angebot, es muß auch durchgeführt werden. (Sehr richtig!) Ich habe jedoch starke Zweifel, ob die Mehrheit der Industrie heute noch den Willen zur Durchführung des Abkommens hat. Eine solche Haltung der Industrie muß den sozialen Frieden empfindlich stören. Herr Janderberg hat sich dem Angebot erst angeschlossen und jetzt tritt er für seine Zurückziehung ein. Ich kann mir nicht denken, daß das Amt des deutschen Kaufmanns sein soll. (Sehr gut! — Zuruf Marx (Bankgeschäftler): Das ist Scheißung!) Ohne Zwang kann die Kreditaktion gar nicht durchgeführt werden. Verzögert die Industrie die Kreditaktion, dann tritt die Frage der Erfassung der Sachwerte in ein radikales Stadium. Der Besitz muß Opfer bringen, damit er seine Produktionsmittel in Deutschland behalten kann. (Beifall.)

Redakteur Keller: Der jetzige Widerstand in der Industrie gegen ihr eigenes Angebot darf nicht überhöht werden.

Erdler v. Braun: Das Mittel der Kreditaktion darf nur mit zarten Fingern angefaßt werden. Das Angebot mit der Erfassung der Sachwerte zu verknüpfen, ist falsch. Die Erfassung der Sachwerte darf nicht als Drohmittel verwendet werden. Man sollte der Industrie sagen: Wir stehen gut dafür, daß Ihr aus eurer Hilfsleistung keinen Schaden habt. (Zuruf: Das ist der Sinn des Entwurfs!) Nein, sein Sinn ist, alles in einen Topf zu werfen. Ich bitte, die Sachwertfassung zu verschieben, bis wir ein klares Bild unserer Finanzlage haben.

Staatssekretär Walter (Reichschatzmin.) gibt einige Zahlen über die Kosten der Befahrungssarmee.

### Der Standpunkt der Arbeitnehmer

Tarnow (Vorl. des Holzarbeiterverbandes): Gewiß darf die bisherige Finanzwirtschaft nicht so weiter gehen. Der einzige Ausweg ist die Erfassung der Sachwerte. Mit Steuern allein können wir nicht weiter, denn der Besitz hat bisher mit der Abwälzung dieser Steuern sogar noch Profite gemacht. Man wirt uns vor, wir drohten mit der Erfassung der Sachwerte. Aber schließlich steht doch nicht das deutsche Volk vor den Schaltern der Sachwerte als Almasenempfänger da, sondern es hat ein Anrecht auf die Hergabe der Sachwerte. Das Ziel der Kreditaktion muß klarer umrissen werden als bisher. Wenn für die ersten beiden Reparationsjahre die erforderlichen Kredite nicht bis zum Mai 1923 aufgebracht werden, dann muß das Fehlende durch die radikale Erfassung der Sachwerte ergänzt werden. — Redner verliest folgende

#### Erklärung der Arbeitnehmergruppe:

Die vorläufigen Steuergeheimwürde der Reichsregierung stehen sowohl unter sich als mit den bisherigen Steuern in keinem organischen Zusammenhang. Die Besitzsteuern insbesondere sind in ihrem Ertrag: ungewiß und treten so spät in Kraft, daß sie der rapide anwachsenden Geldentwertung in keiner Weise begegnen, so daß sich die Teuerung in laminarischer Vergrößerung. Es läßt sich schon jetzt voraussehen, daß die Steuervorlagen in ihrer Gesamtheit nicht das Ziel erreichen, die Notenpresse auch nur für eine gewisse Zeit still zu setzen und den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Während aber die vorgeschlagenen Besitzsteuern frühestens im Jahre 1923 zu laufen beginnen, sollen sofort sehr erhebliche Erhöhungen indirekter Steuern vorgenommen werden, die den Arbeiter- und Angestelltenhaushalt außerordentlich stark belasten. Dies gilt insbesondere von der geplanten Erhöhung der Umsatzsteuer. Die Zustimmung zu indirekten Steuern ist deshalb an die Voraussetzung geknüpft, daß die geplanten Finanzmaßnahmen in ihrer Gesamtheit zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt und damit zu einer Festigung der Währungsverhältnisse führen. Nur eine solche Festigung der Mark würde der fortgesetzten Senkung der wirklichen Kaufkraft des Lohnes Einhalt tun und damit einen

#### Ausgleich für die schwere Belastung des Einkommens

durch die Verbrauchsbesteuerung bieten, ja, wie sozialpolitisch und volkswirtschaftlich überhaupt erst erträglich erscheinen lassen. Deshalb ist als Mindestleistung neben den vorgeschlagenen Besitzsteuern zu fordern:

1. Soweit die vorgeschlagene Kreditaktion nicht mindestens die Reparationslast des Reiches bis zum Ablauf des zweiten Reparationsjahres deckt, muß der Fehlbetrag durch entsprechende innere Erfassung der Sachwerte bei Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Bankwesen aufgebracht werden.

2. Die Berechnung der Tilgungsleistungen aus der Kreditaktion darf in erster Linie nur auf die Besitzsteuern erfolgen. Wenn diese abgezogen sind, dürfen weitere Verrechnungen nur noch auf die Umsatzsteuer erfolgen. Alle anderen Steuern und Abgaben müssen dem inneren Haushaltsbedarf vorbehalten bleiben.

3. Die Landwirtschaft ist als Garantie für den Auslandskredit nicht von ausschlagender Bedeutung. Deshalb sind die hier entstehenden und auch entstehenden Gewinne, die aus Zahlungen der breitesten Volksschichten herrühren, durch eine entsprechende steuerliche Belastung des landwirtschaftlichen Besitzes zur Abdeckung des Defizits der nächsten Jahre heranzuziehen.

4. Die noch nicht eingezogenen Steuern aus den Jahren 1919 bis 1921 sind alsbald beschleunigt einzuziehen.

Fabrikdirektor Kraemer bittet,

#### die unglückselige Debatte

abzubrechen und die Angelegenheit an den Reparationsausschuß zurückzuverweisen.

Der Schluß der Debatte wird im Hammelsprung mit 80 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Rekmann (Gewerkschaftsb. d. Angest.) hält die Besteuerung der Sachwerte für unvernünftig, ganz gleich, wie die Kreditaktion der Industrie ausfällt.

Cohen-Knecht: Es liegt nicht mehr in der Hand der Industrie, die freiwillige Kredithilfe zu unterlassen und dennoch die steuerliche Erfassung der Sachwerte zu vermeiden. Ich beantrage, der Reichswirtschaftsrat möge dem Grundgedanken des Entwurfs Hakenburg zustimmen und im übrigen den Entwurf an den Reparationsausschuß zurückverweisen.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag Cohen wird angenommen.

Es folgt die Aussprache über die

#### Mahnahmen der Entente gegen die „Deutschen Werke“.

Kreil (Arbeitn. d. Handw.): Die „Deutschen Werke“ sind ausdrücklich von der Entente anerkannt worden unter der Voraussetzung, daß die Herstellung von Kriegsmaterial in ihnen unterbleibt. Kann die Entente ihre Maßnahmen gegen die

„Deutschen Werke“ durchsetzen, so werden andere Werke ebenfalls stillgelegt werden. Jagd- und Sportwaffen sind eine handelsübliche Ware. Wie kann da die Entente ihre Fabrikation verbieten? Die Abrüstung ist in vollem Umfange durchgeführt. Es ist auch nicht der Anschein der Berechtigung für das Verbot vorhanden.

Reichschatzminister Bauer: Am 10. Februar 1920 teilte die Entente-Konferenz auf unsere Anfrage mit, daß sie mit der Umstellung der See- und Marinebetriebe, in denen im Herbst 1918 200 000 Menschen arbeiteten, in Friedensbetriebe einverstanden sei. Unter den größten Schwierigkeiten — die Entente verlangte u. a. die Zerstörung von Maschinen und Gebäuden — ist dann der Betrieb der Deutschen Werke umgestellt worden, und zwar im Einverständnis mit der Internationalen Militärkommission. Jetzt wird durch die

#### Note des Generals Koffet

alles in Frage gestellt. (Hört! Hört!) Unabsehbare Folgen knüpfen sich an die Durchführung der Maßnahmen. Bei dem Ersatz der Werk, das sich mit der Fabrikation von Gewehren befaßt, mußten die Maschinen zum größten Teile zerstört werden; das Werk hat die Herstellung von Kleinfalibrigen Pistolen, ausgeprägten Sportwaffen, in Fabrikation genommen, ebenso die Herstellung von Jagdgewehren. Jetzt fordert die Kommission Einstellung der Fabrikation, und zwar ihre Durchführung bis zum 31. März 1922. Die Forderungen der Kommission sind nach dem Friedensvertrage unberechtigt. Ähnlich wie bei dem Werke Erfurt liegt die Sachlage bei dem Werke Cravenhorst. In dem größten Teil der Spandauer Werke werden Maschinen und Geräte fabriziert. Diese Werke können also Frankreich unmöglich gefährlich werden. (Sehr richtig!) Die Kommission begründet ihre Maßnahmen damit, daß die Fabrikation von Jagdwaffen eine größere Ausdehnung bekommen habe, als es den Bedürfnissen des normalen Handels entspräche. Das Gegenteil ist durch die Bücher leicht erweisbar. Auch verbietet der Friedensvertrag nicht den Verkauf von Jagd- und Sportwaffen, sondern nur den von Kriegsmaterial. Erfurt und Spandau können die Nachfrage nicht einmal voll befriedigen!

Die deutsche Regierung wird alles versuchen, um die Aufhebung der Anordnung zu erreichen. Es bleibt nur die Beschwerde an die Vorkonferenz.

Jug. Schweizer (Bertr. d. techn. Angest.) betont, die Maßnahme der Entente wirke besonders aufreißend auf diejenigen Volksteile, auf deren Erfüllungswillen die Entente angewiesen sei. Gerade das nötigt aber die deutschen Arbeitnehmer, sich mit ihrem Protest gegen die neueste Ententemaßnahme

#### an die Arbeiterschaft der ganzen Welt

zu wenden. Max Cohen-Knecht schließt sich dem Protest gegen die Ententemaßnahmen an. Hierauf wird eine Entschließung Kreil einstimmig angenommen, die gegen die Schließung der Werke Einspruch erhebt.

## Die unverletzlichen Hochverräter

### Der Fall Ruge

Wir berichteten seinerzeit ausführlich über die Verhaftung und kurz darauf folgende Entlassung des Heidelberger Privatdozenten Dr. Ruge, der die Bundsbewegung in Schlesien organisierte. Auf eine diesbezügliche Anfrage des rechtssozialistischen Abgeordneten Kuttner im Preussischen Landtag wurde vom Justizminister Am Jahnhoff geantwortet:

Der frühere Privatdozent Dr. Ruge ist am 13. September d. J. wegen Verdacht des Hochverrats, des unerlaubten Waffenbesitzes, der Teilnahme an einer geheimen Verbindung und der Urkundenfälschung durch die Polizei des Amtsgerichts in Breslau gemäß § 125 StGB. vorgeführt worden, ohne daß bis dahin ein Haftbefehl oder Steckbrief gegen ihn vorlag. Der Richter hat nach verantwortlicher Berechnung des Beschuldigten das ihm damals vorliegende Material zum Erlass eines Haftbefehls nicht für ausreichend erachtet und den Beschuldigten daher entlassen. Mit der Staatsanwaltschaft oder dem Polizeipräsidenten hat sich der Richter vor der Entlassung des Beschuldigten nicht in Verbindung gesetzt. Zur Aufklärung der Frage, inwieweit der Richter bei der Bearbeitung der Angelegenheit es an der erforderlichen Sorgfalt und Aufmerksamkeit hat fehlen lassen und dadurch die Pflichten seines Amtes verletzt hat, ist die Einleitung des Disziplinarverfahrens beantragt worden.

Es ist kaum glaublich, daß ein Mann wie Dr. Ruge, gegen den derartig schwere und gut begründete Anklagen erhoben worden sind, nach einem richterlichen Verhör entlassen wird, ohne daß die verantwortlichen amtlichen Stellen davon in Kenntnis gesetzt worden wären. Aber wer die deutschen Richter kennt, die in ihrer überwiegenden Mehrheit deutschnational gesinnt sind und den Bestrebungen des Herrn Ruge Verständnis und Sympathie entgegenbringen, der wird nicht besonders erstaunt sein. Diese Art Erledigung von Vergehen rechtsgerichteter Kreise ist in Deutschland gang und gäbe, und der Breslauer Richter war wohl der Meinung, daß er sich das ruhig leisten konnte. Bei dem Disziplinarverfahren dürfte nicht viel herauskommen. Hauptsache ist, daß Ruge fort ist. So wird in Deutschland gegen Hochverräter gehandelt. Dafür stellt man eine Reihe anständiger unbesholtener Arbeiter wegen einer zerbrochenen Fahrradstange vor das Schwurgericht. Und das nennt sich „unparteiische Justiz“.

## Attentat in Tokio

### Der japanische Ministerpräsident getötet

London, 4. November.

Wie Reuters aus Tokio meldet, wurde der Ministerpräsident durch einen Dolchstoß lebensgefährlich verletzt.

London, 4. November.

Das Staatsdepartement in Washington erhielt die amtliche Mitteilung, daß der japanische Premierminister Hara am Freitag abend um 10 Uhr gestorben ist.

Zeitungsmeldungen aus Washington zufolge berichtet die amerikanische Postzeitung in Tokio, daß auf den japanischen Premierminister auf einem Bahnhof in Tokio ein Anschlag verübt worden ist. Der Premierminister soll tot sein.

## Kleine Nachrichten

Deutsche Spende für die Hungernden in Rußland. Die Deutsche Vertretung in Moskau hat anlässlich der sogenannten Hungerwoche, während welcher Sammlungen bei amtlichen Behörden Moskaus zugunsten der hungernden Bevölkerung veranstaltet wurden, dem Russischen Zentralerleichterungsausschuß 25000 Mark für die Hungernden überwiesen. Das Russische Komitee für auswärtige Angelegenheiten hat der Deutschen Regierung seinen tiefen Dank für die Spende zum Ausdruck gebracht.

Weiterer Austritt von Ministern aus der belgischen Regierung. Die Ernennung des Führers der flämischen Aktivisten Cauvelet zum Oberbürgermeister von Antwerpen veranlaßte die Minister Franck, De Beze und Neujean zum Austritt. Da auch die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts ausgeschlossen sind, besteht dieses nur noch aus Carton de Wiart, Jaspars, Van de Wivre und Kuzatte.

Millionenspende der Saarregierung. Die Regierungskommission des Saargebietes spendete zur Linderung der Not der Hilfsbedürftigen, die bei der bestehenden Teuerung besonders in Erscheinung tritt, eine Million Franken. Ausgenommen von dem Genuß dieser Spende sind die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Für diese bewilligte die Regierungskommission fünf Millionen.



# Die neue Befoldungsordnung

Die unteren Beamten müssen Geld herauszahlen

Zu unseren Darstellungen über den wahren Charakter der neuen Befoldungsordnung, insbesondere zu unserer Heißigkeit „Bettelpfennige“ in der Morgenausgabe vom Donnerstag erhalten wir aus den Kreisen der unteren und mittleren Beamten in zahlreichen Zuschriften, daß wir nicht in der Lage sind, sie alle zu veröffentlichen, obwohl sie es alle wert wären, zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu kommen. Sämtliche Zuschriften bestätigen übereinstimmend unsere Meinung von der Befoldungsreform, wonach die unteren und mittleren Beamtenkategorien dabei schmächtig betrogen worden sind. Es stellt sich nicht allein immer deutlicher heraus, daß die Spannungen zwischen den Gehältern der unteren, mittleren und oberen Beamten durch die neue Befoldungsordnung unendlich viel größer geworden sind, sondern das hervorsteckendste Merkmal der Befoldungsreform besteht vor allem darin, daß die gegenwärtig bewilligte Zulage bei den unteren Stufen völlig ungenügend, bei den oberen Stufen aber übertrieben groß ist. Das ist, auch der Grund, weshalb die gesamte bürgerliche Presse die Befoldungsordnung stillschweigend hinnimmt und nicht ein Wort darüber verliert, daß die neuen Gehälter eine Mehrbelastung des Reiches bedeuten, während sie sonst stets mit der Berechnung der Mehrbelastung und entsprechendem Gebüll darüber sofort zur Stelle war.

Beträgt die gegenwärtige Aufbesserung in der unteren Klasse etwa 10 Prozent, was bei weitem nicht dem Maß der gegenwärtigen Steigerung der Lebensmittelpreise entspricht, so geht die Steigerung des Gehalts in den höchsten Stufen bis über 50 Prozent hinaus. Wir denken das heute nur an, behalten uns aber vor, eine genaue Berechnung und Darstellung für alle Gehaltsstufen demnächst zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen, die besonders durch die ersten offiziellen Meldungen, die von der gesamten bürgerlichen Presse bis heute kritiklos hingenommen worden sind, über den Charakter dieser Befoldungsordnung maßlos getäuscht worden ist.

Die bei uns eingegangenen Zuschriften kommen aus den Kreisen der Post- und der Bahnbeamten, der Verwaltungsbeamten und der Lehrer, kurz, aus allen Kategorien der Beamtenschaft. Besonders hervorheben möchten wir eine Zuschrift von den Beamten der Schutzpolizei, in der uns versichert wird, daß unsere Darstellungen über das Wesen dieser Befoldungsordnung von den Beamten der Schutzpolizei mit größtem Interesse und aufrichtigster Zustimmung verfolgt werden. Zum Ausdruck bringen möchten wir aber die Tabellenzüge eines Lehrers, die zum Gegenstand hat die Zuschläge, die nach der neuen Befoldungsordnung für das Quartal vom 1. 10. bis 31. 12. 1921 zu den alten Gehältern in Ortsklasse A gezahlt werden müssen. Diese Zuschläge betragen:

Gruppe	Zum Anfangsgehalt	Zum Endgehalt
I	+ 315,—	— 82,50
II	920,25	+ 804,50
III	1225,50	1163,25
IV	1331,25	1172,50
V	1678,25	1423,—
VI	1544,—	1642,25
VII	2041,—	2252,75
VIII	3591,50	3108,50
IX	3884,25	3788,25
X	3437,—	4768,—
XI	4549,75	6191,25
XII	5984,75	8081,50
XIII	9518,50	13372,50

Daraus ergibt sich, daß Beamte der Gruppe I, die gegenwärtig das für diese Gruppe bestimmte Endgehalt beziehen, nicht nur keine Zulage bekommen, sondern 82,50 Mark zurückzahlen haben. Das nennt man dann eine Teuerungszulage.

Und man fragt in fast allen Zuschriften, die wir erhalten, die Frage wieder: Wie war es möglich, daß die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft der Reichsregierung die Hand zu diesem Spiel reichen konnten? Die Beantwortung dieser peinlichen Frage möchten wir einstweilen diesen Spitzenorganisationen selber überlassen. Wir wollen indes unser Versprechen halten, das wir den Beamten schon so häufig gegeben haben: Wir werden gerade diese Vorgänge zum Anlaß nehmen, um für das Lebensrecht der Masse der unteren und mittleren Beamten mit äußerster Tatkraft einzutreten.

## Unzufriedenheit der unteren Beamten

Am gestrigen Tage fand in Berlin eine Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Sozialen Arbeitsgemeinschaft deutscher Beamtenverbände statt, in der man sich mit der Neuregelung der Beamtengehälter beschäftigte. Die Aussprache war zum Teil sehr erregt und es wurden weitgehende Anträge zur Debatte gestellt. Es gelang jedoch schließlich auf die Auswärtigen einzuwirken, so daß man sich vorläufig mit nachstehender Entscheidung begnügte:

Der Geschäftsführende Ausschuss der Sozialen Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beamtensverbände (Befoldungsgruppe 1-6) nimmt von dem Regierungsvorschlag, die Neuregelung der Beamtengehälter betreffend, mit großer Enttäuschung Kenntnis. Aus dem Vorschlag der Regierung ist zu ersehen, daß man an den maßgebenden Stellen kein Verständnis für die überaus traurige, ja trostlose wirtschaftliche Lage der Beamten in den Befoldungsgruppen 1-6 hat. Nur vom ausgesprochensten Klassenstandpunkte aus sind Unterschiede im Grundgehalt, wie sie zwischen Klasse I mit 7500-12.000 Mark und Gruppe 13 mit 53.000-80.000 Mark in Aussicht genommen werden, zu verstehen. Würden sie Gesetz, so wird damit die Beamtenschaft der unteren Gruppen zur

### Aufnahme des schwersten Klassenkampfes

gezwungen. Die Beamten der Befoldungsgruppen 1-6 erwarten daher vom Reichstag, daß er erhebliche Verbesserungen zugunsten der ärmsten und wirtschaftlich schwächsten Beamten an der Vorlage vornimmt, damit auch diese wenigstens nicht andauernd Not leiden müssen, und die neue Befoldungsordnung nicht einen entsprechenden Klassencharakter, sondern ein auch vom sozialen Standpunkt aus erträgliches Gepräge erhält. Im Auftrage der Sozialen Arbeitsgemeinschaft angeforderten, mehr als 250.000 Beamte umfassenden Verbände: Land-, Post-, Eisenbahn-, Eisenbahnstellwerkmeister, Sommer-, Amtsgehilfen.

### Gewerkschaften und Lohnerhöhung

Gegenüber Mitteilungen darüber, daß zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Reichsregierung Verhandlungen im Gange seien zwecks Durchführung einer allgemeinen Lohnerhöhung, erfahren die V. B. M., daß solche Verhandlungen zurzeit nicht geführt werden. Es bleibt vorläufig den einzelnen Gewerkschaften überlassen, selbst — entsprechend einer verteuerten Lebenshaltung — für Lohnaufbesserungen zu sorgen.

# Die Organisation der Gegenrevolution

Die verwandelte Orgesch / Die Geldgeber / Ehrhards National-Armee

Am 2. November hat im sächsischen Landtag der Minister des Innern Lipinski eine längere Erklärung über das Bestehen von Geheimorganisationen im Freistaat Sachsen abgegeben. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht jetzt über diese Organisation eingehendes Beweismaterial, das den Raum von vier Druckseiten einnimmt. Wir geben aus den Dokumenten, deren Echtheit außer jedem Zweifel ist, folgende Tatsachen wieder:

Die Orgesch wurde in Sachsen, wie auch in anderen Teilen des Reiches, nur dem Scheine nach aufgelöst. Die gesamte Organisation ging auf die „Brüder vom Stein“ über, die Geschäftsämter, das Geschäftsmaterial, die leitenden Personen und die Geldgeber sind die gleichen geblieben, wie bei der Orgesch. Als Geldgeber kommen hauptsächlich die Finanzanschlüsse der sächsischen Industrie in Betracht, die Bürgerbünde dienen als Mittelpersonen. In Leipzig und Dresden sind Gelder in Höhe von 700.000 Mark beschlagnahmt worden, die für die Organisation der „Brüder vom Stein“ bestimmt waren. Die Brüder vom Stein haben ein Statut, welches mit dem Statut der Münchener Geheimorganisationen übereinstimmt. Die Zentrale der sächsischen Geheimorganisationen befindet sich in Leipzig. Kapitän Ehrhardt ist mit Kilianger und Tiskelen wiederholt in Leipzig gewesen. Die Organisation erstreckt statutgemäß

die Beseitigung der Weimarer Verfassung.

Die hat sich verpflichtet, Putzheer herbeizurufen und Versammlungen von Republikanern, Sozialisten und Pazifisten mit gewalttätigen Mitteln zu unterdrücken. Die früheren Zeitschriftenorganisationen haben sich in „Sport-“ und „Wandervereine“ umgewandelt, die nach streng militärischen Gesichtspunkten organisiert sind. Einer dieser Sportvereine führt den Namen „Silbernes Schild“. Um den militärischen Charakter zu verschleiern, fungiert nach außen hin der Bezirksleiter als „Vorstand“, der Kompanieleiter als „Abteilungsleiter“, und der Zugführer als „Zirkelleiter“.

Weit gefährlicher als die „Brüder vom Stein“ ist die Organisation C, die aus der Marinebrigade Ehrhardt hervorgegangen ist und sich über ganz Deutschland erstreckt. Sie zerfällt in Bezirke, die die Buchstaben A bis W tragen. Sachsen führt den Buchstaben M. Wir geben aus den Bestimmungen das nachfolgende Dokument wieder:

### Abschrift

Exemplar Nr. 12.

#### Die militärische Organisation.

- Zweck: 1. Erhaltung einer zuverlässigen Truppe in Brigadestärke, die eingesetzt werden kann bei roten Aufständen, bei außenpolitischen Verwickelungen.
- Teilaktivitäten, mit oder ohne Wissen der Regierung, wenn es die nationalen Interessen erfordern.
- Lokale Stützpunkte zur sofortigen Verstärkung der Polizei, Reichswehr oder sonstiger Ordnungstruppen.
- Lokale Stützpunkte zum Schutze nationaler, zur Sprengung ausländischer Besatzungen, Unmöglichkeitmachung einzelner Theaterstücke, Personen usw.
- Erhaltung der Wehrfähigkeit und Erziehung der Jugend zum Waffengebrauch.
- Allgemeine Stärkung der Widerstandskraft, des Besenmerkmutes in der Bevölkerung.

Das Dokument trägt die Unterschrift: „Ganz geheim. Darf nicht aus den Händen der Vertrauensleute kommen, keine Ganz- oder Teilabschrift.“ In den Richtlinien heißt es:

#### Schaffung einer National-Armee.

Dazu Grundlage durch Zusammenschluß nationaler Männer jeder Volksschicht. Ziele dieser Armee: Die Orgesch ist defensiv und hat passive Ziele. Wir wollen offensiv sein und haben aktive Ziele. Die Ziele werden folgendermaßen formuliert:

„Kampf mit jedem Mittel gegen alle Elemente, die auf internationalen Boden stehen. Dazu gehören in erster Linie die Linksradikalen, vorwiegend die überwiegende Zahl der Sozialdemokraten, fast alle Juden, Teile der Demokratie, soweit sie der Richtung „Berliner Tageblatt“ und „Frankfurter Zeitung“ angehören, Teile des Zentrums. Erstrebte wird: Die Schaffung einer Truppe, die bei unerwarteten außenpolitischen Ereignissen, falls Reichswehr verlangt oder nicht ausreicht, sich einer nationalen Regierung zur Verfügung stellt. Solche Fälle können sein: Widerrechtliche Besetzung Ober-Schlesiens durch die Polen, des Ruhrgebietes durch die Franzosen, Unterdrückung der Deutschen in Kärnten und Böhmen und andere unvorhergesehene Fälle, bei denen Deutschlands Nationallehre auf dem Spiele steht.“

Den Richtlinien sind Erläuterungen beigelegt, in denen es u. a. wörtlich heißt: Führung und Stab der Truppe arbeitet in Permanenz. Aufzug erfolgt bei außenpolitischen Verwickelungen, wenn Reichs- oder Landesregierung Aufstellung legaler oder

## Das Ausmaß der Teuerung

### Die neuen Mehzzahlen

Wolffs Bureau teilt mit: Die Teuerung hat im Monat Oktober infolge der rasch fortschreitenden Entwertung der Mark weiter stark zugenommen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Monat Oktober auf 1.146 (gegenüber 1.062 im September) gestiegen. Dabei wurden die Ausgaben für die gleichen Lebensbedürfnisse im Jahre 1913-14 gleich 100 gesetzt. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Monat Oktober 1921 bedeutet eine Steigerung

gegenüber dem Vormonat um 7,9 v. H.,

gegenüber Januar d. J. um 41,4 v. H.,

gegenüber dem Monat Oktober des Vorjahres um 35,9 v. H.

Neben einer mäßigen Steigerung der Ausgaben für Heiz- und Leuchtstoffe und für die Wohnungsmiete haben in der Hauptsache erhöhte Aufwendungen für die Ernährung das Anwachsen der Indexziffer veranlaßt. Die Indexziffer für die Ernährung allein ist im Oktober auf 1.532 (gegenüber 1.418 im September) gestiegen. Zu dieser Erhöhung trugen — teilweise recht beträchtliche Preissteigerungen für viele Lebensmittel bei, nur der Preis für Brot hat sich durchschnittlich nicht geändert. Die Preise für eine Reihe von Gemüsen haben etwas nachgelassen. Dagegen sind die Kartoffeln wieder erheblich teurer geworden. Besonders groß sind die Preissteigerungen für Hülsenfrüchte, Fett und Eier, auch für Fleisch und Fische haben die Preise angezogen, während für Rohmittel die Preisbewegung nicht einheitlich war. Innerhalb des Reichs war die Entwicklung im Berichtsmonat insofern einheitlich, als überall Erhöhungen der Teuerungszahlen festgestellt wurden. Verschieden groß war aber das Ausmaß der neu eingetretenen Teuerung.

Dem ist hinzuzufügen, daß seit dem 1. November bereits weitere Erhöhungen der Preise für zahlreiche wichtige Lebensmittel eingetreten sind, die sich in den angeführten Mehzzahlen für Oktober noch nicht spiegeln. Es vergeht kein Tag, an dem nicht für den einen oder anderen lebensnotwendigen Artikel eine nicht unerhebliche Preis-

illegaler Verbände anordnet oder gestattet. Die Brigade unterstellt sich als eigener Verband

### der Reichswehr.

Es dürfen nur Männer in die Brigade, die bedingungslos dem Führer gehorchen, die brutal genug sind, rücksichtslos durchzugreifen, wo sie eingesetzt werden. Als Unterführer kommen nur Offiziere in Betracht, die Kriegserfahrungen und Erfahrung im Straßenkampf haben, vor allem, die eine Haupterfahrung aus der Praxis besitzen: nicht verhandeln, sondern schiefen und rücksichtslos befehlen. Innerhalb der Brigade eine Stoßtruppe aus fähigen, sporttreudigen Elementen, die erforderlichenfalls gewagteste Unternehmen ausführen unbedenklich um Folgen und eigene Verluste. Waffen sind in genügender Zahl bereitgestellt, ebenso Munition. Es können Fälle eintreten, wo einige Hundert oder weniger entschlossene Männer notübergehend gebraucht werden. Die Fälle können sehr vielfältig sein, sei es, um eine Sache ins Rollen zu bringen, sei es,

um eine rasche Tat zu vollbringen.

Solche Fälle können z. B. sein: Die Frechheit der Franzosen geht ins Grenzfeld, alles Nachgeben hat keinen Sinn, man ermordet diese Hunde durch Schuß oder Gift, jedes Mittel ist recht. Die Stoßtruppe müssen privat mit Pistolen und verdeckt getragenen Waffen ausgerüstet sein, wo Mangel, wird die Organisation Abhilfe verschaffen.“

Weiter wird in den Erläuterungen darauf hingewiesen, daß durch die Abschaffung der Wehrpflicht die Jugend keine Disziplin mehr lernt. Hier müssen wir helfend eingreifen. Auf Pünktlichkeit und Disziplin bei Besprechungen halten. Bilduna von Schützen-, Jagd-, Sport- oder sonstigen Vereinen. Unter dieser Firma müssen die jungen Männer die einfachsten Grundübungen machen, wie sie der Soldat braucht. Dazu gehört besonders die Schützenübung, um auf jeden Fall zu verhindern, daß Rückwärtige weiter vorn Stehende anschießen. Ferner Schießübungen mit Zielmunition und Handhabung des Gewehres 98 und der Vorabellumpistole. Die Durchführung muß je nach den Verhältnissen den einzelnen Leitern überlassen bleiben. Es geht jedenfalls nicht, daß bei Aufstellung der Truppe Männer kommen, die schon längere Zeit in der Organisation sind und keine Übung vom Waffengebrauch haben. Mit der Kenntnis von einer Waffe hebt sich unwillkürlich der Geist des Widerstandes und Wehrhaftigkeit. Dieser Zweck unserer Organisation darf keinesfalls vernachlässigt werden. Wir müssen für unsere idealen Ziele persönliche Opfer bringen.“

Soweit die Tatsachen, die wir nur in gedrängter Form wiedergeben konnten, hinzugefügt werden muß, daß an der Spitze dieser Organisationen eine Reihe sächsischer Polizeioffiziere standen. Sie sind sofort entlassen worden. Die Reichspresse ist bereits bemüht, die sächsische Geheimorganisation, die nur ein Teil der Gesamtorganisation ist, als harmloses Gebilde hinzustellen. Die durch die Veröffentlichung der „Leipziger Volkszeitung“ bloßgestellten Personen (eine lange Liste über sie hat die „Leipziger Volkszeitung“ gleichfalls veröffentlicht) behaupten, die Organisation diene lediglich dem „Widerstand“, sie sei außerdem in das Vereinsregister eingetragen, stehe also auf „gesetzlichem Boden“. Die aufgelöste Orgesch hat dasselbe behauptet, die Tatsachen zeigten aber, daß dies nur den Zwecken der Irreführung diene. Der sächsische Regierung gebührt Dank, daß sie in dieses gefährliche Nest von Verheimlichung hineingegriffen hat. Die Reichsregierung ist noch immer passiv und die verlossene preussische Regierung hat nicht einen Schritt getan, um den Geheimorganisationen zu Leibe zu rücken. Wenn jetzt in die preussische Regierung auch die Deutsche Volkspartei mit aufgenommen wird, wird eine wahre Blütezeit für die Geheimorganisationen anbrechen. Das wird die sozialistischen Arbeiter zwingen, ihrerseits die erforderlichen Wehrmaßnahmen zu ergreifen, denn sie können nie und nimmer geduldig zusehen, daß ihnen die Schlinge um den Hals gelegt wird, um sie eines Tages zu erdrosseln.

## Auflösung der gegenrevolutionären Organisationen

Wie die „Leipziger Abendpost“ erzählt, wurde der Verein „vom Stein“ durch eine Verfügung des sächsischen Ministeriums des Innern aufgelöst mit der Begründung, durch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen sei festgestellt, daß der Verein ein Verband militärischer Art sei. Der Vorsitzende des Vereins kündigte an, daß er gegen diese Verfügung Beschwerde erheben werde. Ferner meldet das Blatt die Auflösung des Sportvereins „Silbernes Schild“.

erhöhung eintritt. Man ermesse daran die Belanglosigkeit der eben vereinbarten Zulagen für die unteren Beamten, über die wir wiederholt berichtet haben. Man ermesse daran die Not, die in allen Schichten des arbeitenden Volkes eingetreten ist. Alle in den letzten Tarifänderungen, die fast durchweg zum 1. Oktober in Kraft getreten sind, gegebenen Zulagen sind bereits weit überholt und jeder Tag hat ein neues Sinken des Reallohnes zur Folge.

Und alles das geschieht in einer Zeit, in der den Besitzenden — ebenfalls mit jedem Tage — aus den verschiedensten Quellen neue Millionen an Gewinnen zufließen. Es geschieht, während gleichzeitig mit der Erzielung der Riesengewinne eine erregte, mit allen Kräften niedriger Verlogenheit geführte Propaganda gegen die Besteuerung der gestapelten und täglich neu zuströmenden Reichthümer die Öffentlichkeit beschäftigt. In der Tat: drastischer und unverhüllter hat sich die tiefe wirtschaftliche und politische Unmoral der bestehenden Schichten nie offenbart, die aus dem grauen Elend des ganzen Landes die Mittel für ein Luxusdasein gewinnen und oben drein dem Lande die Steuern verweigern.

## Die Teuerungswelle

An der Berliner Produktenbörse wurde gestern märkischer Weizen mit 356-370 M. pro Zentner notiert. Das ergibt für die Tonne 7000-7400 M., während im Umlageverfahren für die Tonne Weizen 2300 M. gezahlt werden. Im freien Verkehr hat also der Weizen das Dreifache des Preises für den behördlich erfassten Weizen erreicht.

### Die Kartoffeln

Aus Harburg wird gemeldet: Die Kartoffeln werden immer schlimmer. Schon seit Tagen ist die Anfuhr von Kartoffeln sehr gering. Der Preis pro Zentner ist stellenweise bis auf 120 M. gestiegen, und in vielen Verkaufsstellen gibt es überhaupt keine Kartoffeln mehr. Der Bevölkerung hat sich eine große Erregung bemächtigt. Sofern die Behörden nicht alsbald entsprechende Abhilfe für die unzulässigen Zustände schaffen, sind ernste Unruhen zu befürchten.







# Lohnbewegung der städtischen Arbeiter

## Lohnerhöhung und Teuerungsbefreiung

Die letzte Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter wurde für die Zeit bis zum 1. Dezember d. J. abgeworfen. Inzwischen hat die Entwertung des Geldes und damit die Preissteigerung einen starken Fortschritt genommen, so daß die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung von Tag zu Tag schwieriger wird. Deshalb haben die Berliner städtischen Arbeiter an den Magistrat Forderungen eingereicht auf Erhöhung ihres Stundenlohnes um 3,50 Mark und Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage von 1000 Mark bis zum 10. November, andernfalls sofort in den Streik eingetreten werde.

Darüber besteht wohl selbst bei den Gegnern der Arbeiterschaft nicht der mindeste Zweifel, daß die Forderungen berechtigt und durch den wirtschaftlichen Niedergang, durch Preissteigerung und Geldentwertung ohne weiteres begründet sind. Hoffentlich läßt sich eine Entscheidung auch über die einmalige Teuerungsbefreiung möglichst bald herbeiführen, was nur insofern nicht ganz einfach ist, als die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die beschlußfähig ist, erst am 17. November zusammentreten wird. Interfraktionelle Besprechungen, die gestern vormittag beim Oberbürgermeister Böß stattfanden, haben ergeben, daß man am 10. November lediglich eine Sitzung zur Einführung der neuen Stadtverordneten abhalten will.

Ueber die Forderungen der städtischen Arbeiter haben gestern nachmittag Verhandlungen zwischen dem Magistrat, dem Lohnrat und der Tarifkommission der Gemeindebetriebe stattgefunden. Die Vertreter des Magistrats erkannten einstimmig die Notwendigkeit einer Erhöhung der Löhne für die städtischen Arbeiter und Angestellten, ebenso die Berechtigung der Forderung einer Wirtschaftsbefreiung an. Die Vertreter des Magistrats erklärten sich bereit, in den entsprechenden Körperschaften dafür einzutreten, daß die Regelung der Lohnverhältnisse in der nächsten Magistratsitzung und Sitzung der Stadtverordnetenversammlung herbeigeführt wird, so daß, wie aus der Tarifkommission mitteilt, ein greifbares Resultat voraussichtlich schon am 11. November vorliegen dürfte. Wir begrüßen diese Erklärung der Magistratsvertreter und hoffen, daß im Interesse der städtischen Arbeiter wie der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins überhaupt, eine Regelung dieser Angelegenheit erfolgt, ohne daß es erst zu einem Kampfe kommt.

### Die Deckungsfrage

Die bürgerliche Presse kommentiert die Forderungen der städtischen Arbeiter in einer Weise, die erkennen läßt, welcher Art die Arbeiterpolitik sein wird, die die bürgerlichen Parteien in dem kommenden Stadtparlament zu treiben gedenkt. Das „Berliner Tageblatt“ erklärte schon am Donnerstag abend, es brauche nicht weiter auseinanderzusetzen, werden, daß die Einheitsgemeinde gar nicht in der Lage sei, diese Forderungen zu bewilligen; es spart sich aber das Nachdenken darüber, wie denn die städtischen Arbeiter angesichts der von Tag zu Tag wachsenden Preissteigerung mit ihren bisherigen Löhnen auskommen sollen. Gestern abend erklärt das „Berliner Tageblatt“, daß eine ganz erhebliche Erhöhung der städtischen Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn die natürliche Folge der Lohnforderungen sein müsse.

Da nach Berechnungen der bürgerlichen Presse die Zahlung der einmaligen Beihilfe etwa 70 Millionen, die Bewilligung der Stundenlohnerhöhung für die nächsten drei Monate etwa 80 Millionen Mark ausmachen wird, so wird wohl eine Erhöhung der Werkstarife eintreten müssen. Auch die Unabhängige Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß sich die Werke selbst erhalten und Mehrausgaben durch Mehreinnahmen ausbringen müssen. Indes scheinen die bürgerlichen Parteien in diesem Punkte eine Politik anzustreben, die auf den härtesten Widerstand der U. S. P. stoßen wird. Man läßt nämlich in der bürgerlichen Presse schon durchblicken, als wolle man die entstehenden Ausgaben für Lohn- und Gehaltssteigerungen sämtlicher städtischen Arbeiter, Angestellten und

Beamten aus den Werken herausfinden. Davon kann gar keine Rede sein. Sogar der deutsch-nationale Zusatzantrag, der bei der Verhandlung der letzten Deckungsvorlage angenommen wurde, besagt lediglich, daß Mehrausgaben der Werke selbst durch Mehreinnahmen aus den Werkstarifen gedeckt werden sollen, nicht aber allgemeine Ausgaben der Stadt, die mit dem Etat der Werke nichts zu schaffen haben. Die Absicht der bürgerlichen Parteien ist dann doch zu durchsichtig; sie wollen durch eine übermäßige Erhöhung der Tarife, weit über den Mehrbedarf der Werke selbst, den Boden bereiten für den Abbau der Kommunalisierung und das Einbringen der Privatwirtschaft in die städtischen Betriebe.

Es ist natürlich das Bestreben der bürgerlichen Parteien, die Kosten für die Lohnerhöhung der gesamten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. So sehr aber auch die Gemeinden in ihrer Finanzpolitik durch die Reichsteuergesetzgebung eingeengt sind, so dürfen doch die Mittel für die Mehrausgaben nicht durch eine einseitige Belastung der Rinderbrettmitteln zu beschaffen versucht werden. Gerade das Bürgertum, das in wilden Börsenspekulationen den Wert des deutschen Geldes immer mehr heruntertreibt, gerade das Bürgertum, das aus den Preissteigerungen ungeheure Gewinne zieht, ist die Ursache für alle Lohnforderungen, die jetzt die Arbeiter stellen müssen. Deshalb muß auch dieses Bürgertum, soweit das im Rahmen der Kommune nur irgendmöglich ist, für die Deckung dieser Lohnerhöhungen herangezogen werden.

## Einheitliche Demonstration am 9. November!

### Keine Stilllegung der städtischen Betriebe.

Der Beschluß der städtischen Arbeiter, am 9. November den ganzen Tag Arbeitsruhe einzutreten zu lassen, ist in Verhandlungen zwischen Magistrat, Tarifkommission und Lohnrat der Gemeindebetriebe aufgehoben worden. Nach nochmaliger eingehender Würdigung aller Verhältnisse kamen Tarifkommission und Lohnrat zu der einstimmigen Auffassung, den Kollegen zu empfehlen, dem Beschluß der Gewerkschaftskommission und der sozialistischen Parteien beizutreten. Dieser Beschluß ist außerordentlich zu begrüßen, da durch ihn die nötige Einheitlichkeit der Berliner Arbeiterschaft am 9. November wiederhergestellt wird. Demnach wird auch am 9. November die Straßenbahn verkehren und die künstlerischen Abendfeiern der Arbeiterschaft, die durch das Ausschließen des elektrischen Stromes schon bedroht waren, werden stattfinden können. Damit entfallen natürlich auch alle Schlussfolgerungen, die gestern abend das „Berliner Tageblatt“ aus der bisherigen Haltung der städtischen Arbeiter gezogen hat.

## Eine lehrreiche Stadtverordnetenwahl

In der 100. Gemeindeversammlung, Reichsberger Straße, hat eine Lehrerin in der Oberklasse der Mädchen eine richtige Stadtverordnetenwahl vornehmen lassen. Zu diesem Zwecke ließ sie, da 35 Mädchen vorhanden waren und an der letzten Wahl sich neun Parteien beteiligten, 35 X 9 Stimmzettel schreiben. Dann kaufte sie 35 Koverts und ließ einen regelrechten Wahllokal bilden, bis schließlich die Wahl geheim vorgenommen wurde, nachdem jedes Kind neun Stimmzettel erhalten hatte.

Die Auszählung ergab eine sozialistische Mehrheit, bestehend aus 12 U. S. P. D., 5 S. P. D., 2 R. P. D. = 19 Stimmen gegen 16, welche auf bürgerlichen Parteien entfielen.

Nach der Wahl wurde die Lehrerin äußerst still; jedenfalls hatte sie eine sozialistische Mehrheit nicht erwartet.

Die Einführung der neuen Stadtverordneten erfolgt Donnerstag, den 10. November, nachmittags 5 Uhr, im Stadtverordnetenversammlungssaal des Berliner Rathauses. Die Einführung wird von Oberbürgermeister Böß vorgenommen.

Die Bezirksfürsorgestelle des Bezirksamtes Wedding für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Schönstedtstr. 1, Eingang Oststr., wird am 10. November eine Beratungsstunde für

in Arbeit stehende Kriegsbeschädigte eröffnen. Der Zweck ist, den in Arbeit stehenden Kriegesbeschädigten Gelegenheit zu geben, sich Rat in Renten-, Kranken-, Versicherungs- und Erwerbslosenfürsorge-Angelegenheiten zu holen, ohne daß ihnen ein Verlust an Arbeitsverdienst entsteht. Vorstudium und andere Unterhaltungs-Angelegenheiten werden in der Beratungs- und Sprechstunde nicht erledigt, auch kann über schwebende Anträge keine Auskunft erteilt werden.

## Der Zusammenbruch der Wettkonzerne

### Zwei neue Verhaftungen

Der Zusammenbruch der Wettkonzerne beschäftigt noch fortgesetzt die Kriminalpolizei. Gestern sind wieder zwei neue Verhaftungen erfolgt und zwar wurden der Kaufmann Kehler und dessen Gehilfin, eine Frau Reich, beide vom Wettkonzern Müller, hinter Schloß und Riegel gefesselt.

Bergeblick gesucht wird von den Kriminalbehörden der Inhaber des Wettkonzerns Simm. Dieser, ein 49 Jahre alter früherer Kellner Wilhelm Simm, hält sich seit dem am 31. August erfolgten Zusammenbruch seines Konzerns verborgen. Simm hatte als Kellner schon Buchmachergeschäfte betrieben, war dann Tischler geworden und hatte eine Zeilung an Sportblatt herausgegeben. Zuletzt hatte er in seiner in der Weberstraße 51 gelegenen Wohnung einen Wettkonzern eröffnet. In allen Stadtvierteln richtete er Filialen ein, und auch ihm floßen die Gelder reichlich zu. Als bei dem allgemeinen Zusammenbruch auch er seinen Betrieb schließen mußte, hatte er eine Unterbilanz von 600 000 Mark, denen nur 20 000 Mark bares Geld und für den gleichen Betrag Möbelstücke als Aktiven gegenüberstehen. Simm ist seitdem verschwunden. Es steht jedoch außer Zweifel, daß er sich noch in Berlin aufhält. Wer über den Aufenthalt des Gesuchten Angaben machen kann, wird ersucht, sich bei Kriminalkommissar Rud in der Georgenkirchstraße zu melden. Diskretion wird zugesichert.

Nach den Feststellungen der Untersuchungsbehörden haben in Groß-Berlin nicht weniger als 74 Wettkonzerne ihr gewinnbringendes Gewerbe ausgeübt. Die Feststellungen haben ergeben, daß von diesen höchstens sechs versucht haben, die Geschäfte auf reeller Grundlage zu betreiben. Bei diesen konnten auch noch verhältnismäßig hohe Summen beschlagnahmt werden. Bei anderen, die ebenfalls große Summen angenommen hatten, wurden nur wenige Mark beschlagnahmt, bei der „Allgemeinen Union-Rennsport-Aktien-Gesellschaft“ in Karlsruhe bei 1 1/2 Millionen Mark Umsatz — 15 Pfennig!

Daß es mit der Realität der sogenannten „reellen“ Konzerne nicht weit her ist, bedarf keines Wortes. Sie sind allerdings nicht so unerschrocken wie die anderen, aber über den Versuch, reell zu sein, können sie nicht hinaus. Natürlich ist es ein Versuch mit untauglichen Mitteln!

## Drahtloser Telephondienst

Wir berichteten dieser Tage ausführlich über die Versuche der Reichspost in Königswusterhausen zwecks Schaffung eines drahtlosen Rundspruchdienstes.

Kunmehr wird amtlich mitgeteilt, daß der genannte Dienst, der hauptsächlich Wirtschaftsnachrichten umfassen wird, demnächst aufgenommen werden soll. Die erforderliche Funkstationen- und von der Berliner Zentralstelle drahttelefonisch hergezoogen werden. Die Empfangsapparate zur Aufnahme der Nachrichten werden unmittelbar bei den sich zur Beteiligung anmeldenden Stellen (Banken, Redaktionen usw.) aufgestellt werden. Die Einschaltung des Hörapparats erfolgt in einfacher Weise durch Drehen eines Schalters, sowie Abnehmen des Fernhörers, worauf die Nachrichten (die zu genau festgesetzten Stunden ohne vorherigen Bedruf erfolgen) wie mittels eines gewöhnlichen Fernsprechapparats entgegengenommen werden können. Die Bedienung erfordert also keinerlei besondere Kenntnisse. Ein Sprechen in der Richtung von der Empfangsstelle zur Zentralstelle ist allerdings nicht möglich.

Die Reichspostverwaltung führt nur den technischen Teil einschließlich der Einrichtung und Unterhaltung der drahtlosen Teilnehmerstellen aus. Alles übrige besorgt eine Privatgesellschaft, der „Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten“, Berlin NW 7, Bunsenstr. 2. Die an die Reichspostverwaltung zu zahlende laufende jährliche Miete für einen Empfangsapparat (einschließlich Betriebs- und Unterhaltungskosten) beträgt 4000 M. Außerdem sind Gebühren (für die Nachrichten, für die Sendekosten

## Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Übersetzt von Rudolf Hertz

Copyright 1921 by Grellwitz & Co. G. m. b. H., Leipzig.

Gespiekt auf die Bajonette, die ihnen die Gesichter durchbohrt hatten; Hände und Mund voll von der Erde, in die sie sich eingestürzt hatten, bevor sie die ewige Unbeweglichkeit erlöste; Leiden, über deren Gesichter die Insekten bis in die Nasenlöcher und Augen gestrohen waren; Leiden, lang ausgestreckt in der Stellung des Getreuzigten, das Antlitz gen Himmel; Leiden, nicht völlig verschlungen vom Wirbel einer Explosion, deren Beine aus einem Schutzhause herausragten und die Vorbeigehenden am Weiterfahren hinderten; Reste von in den Drahtverhau Gerateten, die da so lange geblieben hatten, bis sie nicht mehr denken, nicht mehr leiden mußten...

Und diese Ueberlebenden, noch gräßlicher als die Toten... Die anderthalb Millionen französische Krüppel, in ihren Winkeln, erniedrigt, schmerzenvoll, geduckt wie mißhandelte Tiere, nach den anderen, den Gesunden, lächelnd... Die Wüste ist zu Ende. Réal sagt zu Doktor Sauvargue: „Sie sprechen doch oft mit ihnen? Wie ertragen sie ihr Los?“

„Echt menschlich,“ versetzte der Arzt, „das will sagen, mittelmäßig und jeder nach seiner Natur. Es gibt welche, die betrachten sich als lebenslängliche Pflegekinder des Lazarettes. Damit sind sie zufrieden. Dagegen gibt es andere, die erbittert sind. Sie kämpfen für die Erhöhung ihrer lächerlich geringen Gehältern und klagen, daß man sie vergessen hat. Aber es gibt auch solche, die sich gar nicht äußern. Diese sind am tiefsten zu beklagen. Einen solchen haben Sie soeben gesehen. Er war einmal ein hübscher Kerl, der eine Zukunft vor sich hatte. Der Krieg hat ihm seine Frau, sein Vermögen, sein Gesicht, seine Lebenskraft geraubt, alles! Er ist sechsundzwanzig Jahre alt. Sechsundzwanzig Jahre! Die Toten, die unter einem Holzkreuz schlummern, sind glücklich. Aber ein lebender Leichnam! Stellen Sie sich das vor — ein lebender Leichnam!“

Personen durchschritt Réal die Grenellestraße, nachdem er das Lazarett verlassen hatte. Die Gedanken, die ihn festhielten, waren wie Erinnerungen an das Diner von

gestern abend. Er sah die prunkende Tafel, die Blumen auf dem Tische, das Kristall und das Silber, diese Versammlung glücklicher Menschen — und dazwischen hob sich ein Gesicht wie aus Hadesfleisch, aus dem ein Auge, ein einziges brauchbares Auge, das blaue Auge eines Jünglings, nach ihm starrte.

6

## Die Herren unserer Freiheit

Am selben Tag hatte Réal einen Artikel für den „Boulevard“ zu schreiben.

Er setzte sich an den Schreibtisch und blätterte in seinem Werkbuch, in dem er sich Stoffe für seine Wochenberichte aufzusammeln pflegte.

Alles erschien ihm albern. Ueber die Reize des Lenzes sollte er schreiben, über die Mazonibrater, deren Vesch den scheidende Winter aussäht, über moderne Malerei, über das Dienstbotenelend... Eine recht mittelmäßige Liste oft durchgefauter Dinge...

Der Besuch von heute morgen hielt ihn noch immer gefangen. Er beschloß, seine Eindrücke zu Papier zu bringen. Kann sich ein Durchschnittsartikel mit einer Arbeit vergleichen, in der man seine innersten Erregungen ausdrückt?

Er schrieb einige Seiten, in denen er mit grauamer Offenheit seine Eindrücke wiedergab, in denen sein Schmerz zitierte, die brüderliche Teilnahme seiner mitfühlenden Seele sich mächtig ausströmte. Sodann übergab er seine Arbeit dem Hausmädchen:

„Bitte, bringen Sie dies zur Redaktion und bestellen Sie, daß ich nach dem Abendessen hinkommen werde, um Korrektur zu lesen.“

Gegen zehn Uhr betrat er das Zimmer des Direktors; auf dem Tisch lag sein Manuskript.

„Ah, mein Verehrtester, eben wollte ich Sie anrufen!“ begrüßte ihn Martin. „Nehmen Sie doch Platz... Eine Zigarette gefällig?“

„Danke.“

„Ich habe Ihren Artikel über die Krüppel schon gelesen. Wirklich bewundernswert.“

Réal wehrte bescheiden ab.

„Doch, doch, bewundernswert. Da liegt Pathos drin, da liegt Können drin.“

Martins Augäpfel schimmerten tränenwacht. Er fuhr fort:

„Allerdings...“

„Vielleicht ein bißchen zu lang?“

„Ach nein, keineswegs... Aber freilich, der Stoff an sich... für unsere Leser... wie soll ich Ihnen das auseinanderlegen? Verstehen Sie mich wohl. Etwas zu tragisch, etwas zu bitter. Sie klagen den Krieg an als Urheber all dieser Greuel...“

„Das kommt mir selbst so vor...“

„Gewiß, gewiß... Aber auch im Frieden spielen sich Dramen ab. Auch im Frieden leiden die Kranken — Schredliche Todeskämpfe... Die Chirurgen, die ihre Kranken heilen wollen, müssen sie auch verkrüppeln. Wozu all das Elend beschwören, da man es doch nicht ändern kann?“

„Entschuldigen Sie,“ verteidigte sich Réal, „ich habe an ein Elend erinnert, das Menschenwerk ist. Die Kanonen sind nicht von selbst losgegangen.“

„Sie haben tausendfach recht, verehrter Freund... Und niemand bewundert Ihr edles Herz mehr als ich... Aber halten Sie es für zeitgemäß, diese Dinge gerade jetzt auszusprechen und in diesem Ton des Entsetzens? Das schädigt die Moral, muß ich Ihnen sagen...“

Réal wurde gereizt, da er zum ersten Male einen Einwand gegen einen seiner Artikel erfuhr. Er unterbrach Martin:

„Es schädigt die Moral? Würden Sie es vielleicht für moralischer finden, über den Krieg wie über ein Schachspiel zu sprechen?“

Martin beschattete seine Augen mit den Fingern.

„Lieber Réal, Sie peinigen mich. Verstehen Sie mich doch...“

„Ich verstehe Sie sehr gut. Sie lehnen meinen Aufsatz ab.“

In diesem Augenblick stürzte der Redaktionssekretär ins Zimmer. Er entschuldigte sich wegen der Störung. Aber der Fall drängte. Ein Telegramm aus Berlin! Auf dem Arbeiterkongress waren die französischen Abgeordneten wärmstens begrüßt worden. Nach der Abstimmung über den Antrag auf eine französisch-deutsche demokratische Vereinigung habe die ganze Versammlung die Marschallaise gesungen. Sollte man das Telegramm in Satz geben?

Martin verzog das Gesicht.

„Lieber nicht. Das würde keinen guten Eindruck machen. Auf dem Quai d'Orsay liebt man solche Geschichten nicht. Sie könnten die französische öffentliche Meinung verwickeln... Sie könnten eine Partei der Veröhnung, der Nachgiebigkeit begünstigen. Nein, lassen wir das.“

(Fortsetzung folgt.)



